Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1 75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8 50 T.Pfd., 12 Monate 15.- T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13 - R.-Mark 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3 Seite 60 Grusch, 4 Seite 30 Grusch. (Inlandspreise)

Geschaeftsleitung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

نسخه‌سی ٥ غروش
آبونه
داخل ایچون : یلیغه ١٫٧٥ ، درت آیلیغه ٤٫٧٥ لیرا
طوقوز آیلیغه ٨٫٥ ، بر سنه‌لیغه ١٥ لیرا
خارج ایچون : یلیغه ٥ لیرا ، درت آیلیغه ١٣ لیرا
طوقوز آیلیغه ٢٥ لیرا ، بتون بر سنه‌لیغه ... لیرا
اعلانات
١ نجی صحیفه ... ١٠٠ غروش ، ٢ نجی صحیفه ... ٧٥
٣ نجی صحیفه ... ٥٠ ، ٤ نجی صحیفه ... ٣٠ غروش
اداره‌خانه : شیشخانه ... قاراقول ... پوستاخانه‌سی
تلغراف آدرسی : ترک پوستاسی ، استانبول
تلفون نمره‌سی : پرا ١٧٣٣
پوستا قوتوسی : غلطه ٢٦٩

3. JAHRGANG NO 65 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel, Montag, 5. März 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Wirtschaftskammer für Oesterreich, Wien.

Tagesspiegel.

مصر حکومتی انگلترەنك تکلیفاتنی رد ایتشدر .
کوچوك اتلاف حکومتلری خارجیه ناظرلری جنوده بر اجتماع عقد ایتشلردر .
لایپسیغ بنایری دوك کشاد ایدلشدر .

Aegypten lehnte die englischen Vertragsvorschläge ab.

In Genf traten die Aussenminister der Kleinen Entente zusammen.

Die Leipziger Messe wurde gestern eröffnet.

Arabische Schulforderungen.

(Eigener Dienst der Türkischen Post)

● Jaffa, Ende Febr.

In einer Unterredung einer arabischen Abordnung mit dem Direktor des palästinensischen Erziehungsamtes forderte die erstere die Erfüllung folgender Wünsche:

1. Eröffnung neuer Schulen in 31 Dörfern in den Unterdistrikten Jaffa und Ramleh;
2. Erhöhung der Lehrerzahl in den grösseren Schulen;
3. Die Studenten an den Lehrerseminaren sollten zu wenigsten 25 o|o bäuerlicher Abkunft sein;
4. Allgemeine Einführung der Schulpflicht in den Dörfern;
5. Grössere Beachtung des landwirtschaftlichen Unterrichts;
6. Errichtung der arabischen Landwirtschaftlichen Schule nicht in Tulkarem, sondern in Jaffa.

Die Unterkunftsmöglichkeiten in den Regierungsschulen im Distrikt Jaffa sind schon längere Zeit völlig ungenügend. Nach Mitteilungen von arabischer Seite sollen allein in Jaffa gegen 800 arabische Kinder aus Mangel an arabischen Schulen ohne jeglichen Schulunterricht sein.

Das letzte Erdbeben in Palästina.

(Eigener Dienst der Türkischen Post)

● Jaffa, Ende Febr.

Am 22. bezw. 23. Februar wurde die Bevölkerung Palästinas, in deren frischer Erinnerung noch das grosse Erdbeben vom 11. Juli 1927 steht, erneut durch 3 durch längere Zeiträume getrennte Erdstösse beunruhigt. Der stärkste Erdstoss wurde am Abend des 22. gegen 8 Uhr verspürt und verursachte eine nicht geringe Panik, zumal das Wetter an jenem Tage sehr schlecht war und starke Kälte und heftiger Sturm herrschte. Das Beben verlief von Norden nach Süden und war von dumpfem unterirdischen Getöse begleitet. Der verursachte Schaden beschränkt sich glücklicherweise auf einige eingestürzte Mauern und auf Risse im Mauerwerk vieler Häuser in zahlreichen Städten und Ortschaften des Landes Das Zentrum des Bebens wird in der Nähe Jerusalems vermutet, da hier verhältnismässig am meisten Schaden geschehen ist. Auch auf der deutschen Kolonie und der Augusta-Viktoria-Stiftung auf dem Oelberg sind einige Gebäude beschädigt worden. Menschen wurden keine verletzt oder getötet. Aus Transjordanien sind keine Schäden bekannt geworden.

Die Vorgänge beim syrisch - palästinensischen Komitee

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

● Jaffa, Ende Februar.

Das «Palestine Bulletin» erhält die Nachricht aus Genf, dass die Exekutive des syrisch-palästinensischen Komitees in Kairo das Sekretariat des Völkerbunds informiert habe, dass die bisherigen Vertreter des Komitees beim Völkerbund, Emir Schekib Arslan, Ihsan Dschabri und Riad Soul, auf Grund eines kürzlich gefassten Beschlusses nicht mehr berechtigt seien, im Namen des Komitees zu wirken. Das ganze syrisch-palästinensische Komitee scheint sich infolge innerer Zwistigkeiten im Stadium der Auflösung zu befinden.

Verbot einer arabischen Zeitung

(Eigener Dienst der Türkischen Post.)

● Jaffa, Anf. Febr.

Die palästinensische Regierung hat die Verbreitung des arabischen Blattes «Amel El Nakl», Organ des Internationalen Komitees für Propaganda unter Transportarbeitern, in Palästina verboten.

Ichsan Bej an den Gasi.

Die Zeitung «Hismet» (Smyrna) bringt die Nachricht, dass der frühere Marineminister Ichsan Bej einen Brief an den Gasi geschrieben hat, in dem er seine Unschuld in der Dockaffäre zu beweisen versucht und den Gasi bittet, Ismet Pascha veranlassen zu wollen, den hohen Staatsgerichtshof zu seinen Gunsten leiten zu wollen.

Beamtenentlassungen in Angora

Angora, 4. März

Der neue gekürzte Haushaltsplan für Angora wurde vom Stadtrat in Angora gebilligt. Infolgedessen wurde eine grosse Anzahl von Beamten entlassen und vom Stadtpräfekten angefangen für sämtliche Beamte die Bezüge herabgesetzt.

Die Kasse der Nationalversammlung.

Angora, 4. März

Die Gerichtssitzung betreffs der Unterschlagung an der Kasse der Nationalversammlung findet am kommenden Dienstag 10 Uhr statt. Es soll sofort in das Zeugenverhör eingetreten werden.

Der Staatswirtschaftliche Kongress

Angora, 4. März

Die Untersuchungskommission des staatswirtschaftlichen Kongresses, die sich mit der Teuerung befassen würde, hat heute die erste Sitzung abgehalten. Es wurden verschiedene Massnahmen gegen die Entwertung des Geldes und der Aktien beschlossen. Am nachmittag begann man mit der Kontrolle der Zolltarife. Am kommenden Dienstag wird sich die Kommission von neuem versammeln.

Vereinigung der Monopole?

Es wird in den letzten Tagen von neuem von der Vereinigung des Tabak-, Salz-, Streichholz-, Zucker- und Petroleummonopols gesprochen. Es ist beabsichtigt eine Generaldirektion der Monopole zu gründen. Der frühere Zolldirektor, Adil Bej, z. Z. Abgeordneter von Samsun, soll die Generaldirektion übernehmen.

Von der Tagung der Kleinen Entente.

Erste Zusammenkunft der Minister.

Paris, 5. März (AA)

Nach dem «Petit Parisien» versicherten Benesch und Marinkowitsch in ihrer gestrigen Zusammenkunft mit Titulescu den letzteren der völligen Solidarität ihrer Staaten mit Rumänien in der Frage der Optanten. Die drei Minister unterhielten sich weiter über die Frage der Sicherheitsverträge und einigten sich auf den Standpunkt, dass derjenige Staat als «Angreifer» betrachtet werden soll, der die etwaigen Vorschläge des Völkerbundsrates zurückweist. Titulescu unterrichtete seine beiden Kollegen endlich von dem Inhalt seiner kürzlichen Unterredungen mit Mussolini und Stresemann.

Genf, 4. März. (A A.)

Aus Kreisen, die der Kleinen Entente nahestehen. wird versichert, das die gestrige Unterredung Beneschs, Marinkowitschs und Titulescus nicht mit der bevorstehenden offiziellen Konferenz der Staaten der Kleinen Entente verwechselt werden darf.

Eintreffen der Staatsmänner in Genf.

Genf, 4. März. (A.A.)

Heute sind Stresemann, Chamberlain, Briand, Scialoja und Zaleski hier eingetroffen.

Die Abrüstungsverhandlungen

Genf, 3. März (AA)

In der kommenden Woche wird das Plenum des Sicherheitskomitees wahrscheinlich die heute vom Redaktionskomitee, bestehend aus den Vertretern Deutschlands, Englands und Schwedens, beschlossene Resolution annehmen. Diese Resolution sieht vor, dass in dem Falle, in welchem gewisse Staaten ihre Sicherheit durch den Abschluss von Sicherheitsverträgen erhöhen wollen, der Völkerbundsrat seine Dienste zur Erleichterung des Abschlusses solcher Verträge anbieten soll, und dass die fraglichen Staaten die Intervention des Rates annehmen sollen.

Das Tangerabkommen.

Spanische Gendarmerie. - Kampf gegen Konterbande. Bevorstehende Verhandlungen mit Italien.

Madrid, 4. März.

Das soeben zwischen Frankreich und Spanien geschlossene Abkommen über die Tangerzone, wird den spanischen Forderungen nur teilweise gerecht. Es sieht vor allem einige Aenderungen der Artikel des Tangerstatuts und der Rechtsordnung vor, um der unerlaubten Durchfuhr von Waffen nachdrücklicher begegnen und gegen Ordnung und öffentliche Sicherheit gerichtete Organisationen energischer bekämpfen zu können. Ein spanischer Offizier soll Generalinspektor für Polizei- und Sicherheitswesen werden. Ausserdem ist die Auflösung der gegenwärtigen Polizei beschlossen worden, die durch ein Gendarmeriekorps unter dem Kommando eines spanischen Offiziers mit einem französischen Adjutanten ersetzt werden soll. Im übrigen ist das bereits bestehende Tangerstatut zu respektieren, ebenso wie die Rechte und Prärogativen der einzelnen Mächte. Die Oberhoheit des Sultans über Tanger wird anerkannt.

Das Abkommen wird in England und Italien vorgelegt werden und beide eingeladen, an Verhandlungen teilzunehmen, die zur endgültigen Regelung demnächst in Paris beginnen sollen.

Paris, 4 März (A.A.)

Die Blätter fügen den Besprechungen über den Abschluss des Tangerabkommens die Vermutung an, dass Verhandlungen über das gleiche Thema in Kürze mit Italien beginnen werden, die als Auftakt für eine Generalregelung der zwischen Frankreich und Italien bestehenden Differenzen zu gelten hätten.

Die Erbschaft des Sultans Abdul Hamid.

Eine Riesenbetrugsaffäre in Griechenland?

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Φ Athen, Ende Febr.

Von dem einstigen Riesenvermögen des früheren Sultans Abdul Hamid, sollen sich für 250 Millionen Mark oder 6 Milliarden Drachmen Werte in Griechenland befinden, zwei ganze Stadtviertel in Saloniki und grosse Güter in Mazedonien, Epirus und Thrazien gehören zum einstigen Eigentume des Sultans. Im Jahre 1921 hat sich nun eine Gesellschaft gebildet, die von den Erben des Sultans das Recht erhielt, sich gegen eine Abfindung an diese, in den Besitz des Vermögens zu setzen. Seit 1925 hat diese Gesellschaft auch in Athen ein Büro eröffnet, um ihre Arbeiten zur Zurückgewinnung und Veräusserung der Liegenschaften Abdul Hamids zu betreiben. Durch ihre Vertreter begann sie nun zunächst in Mazedonien die Nachforschungen. Diese waren jedoch durch recht eigenartige Erscheinungen begleitet. Die Polizei verfolgte unauffällig die Vorgänge. Zunächst verhaftete man den Chef des Katasteramts in Kawalla, der sonderbarerweise kurz nach seiner Inhaftierung im Gefängnis verstarb. Die beiden Vertreter der Gesellschaft wurden nun vor einigen Tagen ebenfalls von der griechischen Polizei festgenommen. Sie wiesen Papiere auf, die Besitztitel auf Abdul Hamid darstellten, aber, wie sich herausstellt gefälscht worden sind. Es handelt sich um türkisches Staatseigentum, das nach dem Vertrag von Lausanne ipso jure in den Besitz des griechischen Staates übergegangen ist. Wegen der Grösse des Objekts wurden umfassende Massnahmen seitens der Griechischen Regierung getroffen, die beinahe das Opfer einer grossangelegten Betrugsaffäre geworden wäre. Die sterblichen Ueberreste des verstorbenen Katasteramtsdirektors werden nach Athen überführt, um hier chemisch untersucht zu werden, da man mit einer Vergiftung rechnet, um den Hauptzeugen der Fälschungen zu beseitigen. Der Direktor der englisch-griechischen Gesellschaft Benett wurde ebenfalls vom Untersuchungrichter vernommen. Die ganze Affaire ist noch in ziemliches Dunkel gehüllt. Man nimmt an, dass zwei Banden ihr Wesen treiben, die eine versucht in den Besitz der sogenannten Abdul Hamidschen Güter zu gelangen, während die zweite sich mit falschen Titeln der ausgetauschten Mohammedaner in den Besitz dieser Liegenschaften zu setzen versucht. In diese Angelegenheit sind auch der kürzlich in Drama verhaftete Bürgermeister von Drama und sein Bruder verwickelt.

Die persischen Kapitulationen

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

☽ Teheran, Ende Febr.

Bekanntlich hat der Medschlis im Vorjahre beschlossen, dass das Regime der Kapitulationen spätestens mit dem 3. Mai 1928 ein Ende gefunden haben muss. Die Kündigung seiner sämtlichen Handelsverträge seitens Persiens hat bisher von Seiten der kleineren Mächte Verzichterklärungen zur Folge gehabt, und auch der französische Gesandte hat die Bereitschaft seiner Regierung erklärt, sich auf ein anderes Vertragssystem als das der Kapitulationen einzulassen. Gegenwärtig verhandelt die Regierung mit den Vertretern Polens, der Tschechoslowakei und der Skandinavischen Staaten über eine vertragliche politische und wirtschaftliche Bindung. Ueber die Stellung Grossbritanniens und der U. S. A. zu den Kapitulationen ist jedoch noch nichts bekannt; zu beachten ist, dass der russische Verzicht auf die Kapitulationen seinerzeit von dem Verzicht auch der anderen Mächte abhängig gemacht worden ist.

Aufhebung des Belagerungstandes in Schanghai.

Schanghai, 3. März. (A.A.)

Gestern ist der Belagerungszustand, der seit einigen Monaten über Schanghai verhängt war, aufgehoben worden. Die Polizei sieht sich jedoch immer noch vor sehr schwierigen Aufgaben, da die Raubüberfälle bewaffneter Banden und andere Gewalttaten immer noch andauern.

Letzte Nachrichten

Die Wahlen in Polen.

Warschau, 4. März (AA)

An den heutigen Wahlen beteiligten sich 47 politische Parteien, man rechnet jedoch darauf, dass nur etwa 15 Parteien im kommenden Sejm, der 444 Abgeordnete enthalten soll, vertreten sein werden.

Die russische Luftflotte.

Moskau, 4. März (AA)

Heute wurden der russischen Luftflotte feierlich die 15 neuen Flugzeuge übergeben, deren Bau durch die freiwilligen Sammlungen und Stiftungen der Bevölkerung finanziert worden ist.

Nach der Wahlrede Gestorben.

London, 4. März (A.A.)

Das konservative Parlamentsmitglied James Kidd starb gestern abend plötzlich kurz nach einer grossen Rede in einer Parteiversammlung.

Aegypten lehnt die englischen Vorschläge ab.

Kairo, 4. März (A.A.)

Premierminister Sarwat Pascha teilte dem britischen Oberkommissar offiziell mit, dass die ägyptische Regierung die britischen Vorschläge über einen neuen englisch-ägyptischen Vertag ablehnt.

Es ist nach Ansicht unterrichteter Kreise sehr wahrscheinlich, dass es zu einer neuen Regierungskrise kommt.

Das bulgarische Verkehrsministerium

Sofia, 4. März (AA)

Durch königl. Dekret wurde der Unterrichtsminister mit der provisorischen Verwaltung des Verkehrsministeriums betraut, nachdem Verkehrsminister Georgieff gestern zurückgetreten ist.

Aus Deutschland.

Eröffnung der Leipziger Messe.

Leipzig, 4. März (A.A.)

Die Leipziger Frühjahrsmesse wurde heute eröffnet.

Die Abwanderung zur Christlich-nationalen Bauernpartei.

Berlin, 2 März.

Der zweite Präsident des Reichslandbundes, Hepp, der Mitglied der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist, beabsichtigt, bei den Neuwahlen nicht mehr für seine alte Partei, sondern für die Christlich-nationale Bauernpartei zu kandidieren, die kürzlich durch drei deutschnationale Abgeordnete im Auftrage des Reichslandbundes gegründet worden ist. In Rechtskreisen wird die Bildung dieser Partei etwas skeptisch beurteilt. Man glaubt nicht, dass sie der Landwirtschaft nennenswerte Vorteile bringen wird. Unter Umständen wird das Stimmverhältnis der Rechtsparteien durch die Neugründung der Partei ziemlich weitgehend beeinflusst werden.

Zum bevorstehenden Zeppelinflug.

Berlin, 2. März.

Der Berliner amerikanische Botschafter teilte mit, dass der im Bau befindlichen deutsche «Zeppelin» alle amerikanische Flugeinrichtungen benutzen dürfe, falls er auf der Weltreise den Ozean überqueren sollte.

Palästinensische Beteiligung an der «Pressa»

● Jaffa, Ende Febr.

Auf der internationalen Presseausstellung «Pressa» in Köln werden auch die palästinensischen Zeitungen vertreten sein.

Kleine Nachrichten.

Ein deutsch-finnisches Abkommen.

Im Berliner Aussenamt wurden die Ratifikationsurkunden des deutsch-finnischen Uebereinkommens über die Unfallversicherung ausgetauscht.

Französisches Beileid.

Der französische Arbeitsminister Tardieu richtete anlässlich des letzten Grubenunglücks im Ruhrrevier an den Reichsarbeitsminister Brauns ein Beileidtelegramm.

Spanischer Besuch in Berlin.

Nach Blättermeldungen traf am Sonnabend der ehemalige spanische Innenminister Goicochea in Berlin ein mit Grüssen des Königs von Spanien für den Reichspräsidenten.

Universität Königsberg.

Der Ministerialdirektor Schneider im Berliner Aussenamt nahm nach Blättermeldungen einen Ruf als Professor für Staatswissenschaften an der Universität Königsberg an.

Das Hamburger Bürgerschaftspräsidium

Die neue Hamburgische Bürgerschaft wählte den Sozialisten Leuteritz zum Präsidenten und den Kommunisten Gundela und den Volksparteiler Johannes Kirsch, zu Vizepräsidenten.

Der Kampf um den Getreidemarkt in Russland.

Der § 107. — Die Missstände beim Getreideankauf. — Der Kampf gegen die Kulaki. — Rückfall in kriegskommunistische Methoden.

Von unserem Berichterstatter.

⚒ Moskau, Ende Febr.

Ganz Russland steht im Zeichen des Kampfes um das Getreide, genauer im Zeichen des § 107 des Strafgesetzbuches. In den grossen Sowjetblättern findet man eine Tag für Tag wiederkehrende Rubrik mit der lakonischen aber vielsagenden Ueberschrift „§ 107". Auf Grund dieses Paragraphen, der über Nacht zur bekanntesten Gesetzesbestimmung des Sowjetstaates geworden ist, wandern unzählige Grossbauern, Privathändler und Sowjetbeamte für lange Monate ins Gefängnis. Die Sowjetjustiz macht auch vor hochgestellten Funktionären nicht halt und täglich hört man von der Amtsenthebung und Strafverfolgung hoher Beamte der Handelskommissariate in einzelnen Bundesrepubliken, die für die Getreidebereitstellungen in den einzelnen Gebieten der Union verantwortlich sind oder verantwortlich gemacht werden. Der Kampf an der „Getreidefront" ist auf der ganzen Linie entbrannt, und mit der dem Sowjetsystem in kritischen Augenblicken eigenen administrativen Energie wird er mit allen Mitteln, oft sogar grausam, ausgefochten. Es wäre falsch, von einer völligen Rückkehr zum Kriegskommunismus zu reden. Repressalien in solchem Umfange hat jedoch die wahrlich durch Milde der Regierung nicht verwöhnte Bevölkerung des Sowjetstaates seit den Kampfjahren 1917|21 nicht mehr erlebt.

Vom Standpunkt der bolschewistischen Staatsautorität ist dieser Kampf nicht nur begreiflich, sondern sogar notwendig. Denn mit der Zeit hatten sich auf dem Getreidemarkt Verhältnisse herausgebildet, die nicht nur einer staatlichen Regulierung der Wirtschaft, sondern jeder geordneten Wirtschaftsführung überhaupt Hohn sprachen. Die Arbeitsmethoden der Getreideankaufsorgane werden von der Sowjetpresse selbst in zahllosen Fällen als hahnebüchen bezeichnet. Sie würden, handelte es sich nicht um eine Existenzfrage für den Sowjetstaat, unbezahlbares Material für einen Satiriker abgeben. Ein besonders krasser Fall sei aus der Ueberfülle solcher Vorkommnisse herausgegriffen. Der südrussische Bezirk Taganrog, der administrativ zum Nordkaukasus gehört und an die Ukrainische Sowjetrepublik grenzt, ist reich an Getreide. Die getreideablieferanden Bauern des Bezirks werden daher von den Getreideankaufsstellen des benachbarten ukrainischen Bezirks Mariupol, der über Getreidemangel klagt, «gejagt». Die Mariupoler wollen unbedingt der Zentrale «volle Durchführung» des Ankaufsvoranschlags melden. Taganrog setzt sich zur Wehr. Der Leiter der Mariupolen Getreideankaufsstelle wurde telegrafisch aufgefordert, zur Führung von «Friedensverhandlungen» in Taganrog, einige Bahnstunden von Mariupol entfernt, zu erscheinen. Er lehnt ab, da Taganrog nicht in der Ukraine liegt, er könne sich daher nicht auf nordkaukasisches Gebiet begeben und schlage Verhandlungen in der «Grenzzone» vor. Welches Ergebnis diese «diplomatische» Kontroverse gezeitigt hat, wird leider nicht berichtet.

Die Konkurrenz zwischen den einzelnen Getreideankaufsorganen führt vielfach zu «Kriegshandlungen». Die Bauern des reichen Getreidegebiets Wolhynien befinden sich beispielsweise, wie die Sowjetpresse berichtet, «zwischen drei Feuern». Die genossenschaftlichen Ankaufsstellen, die gern das gesamte Getreide für sich haben würden, drohen den Bauern mit einer Sperrung der Belieferung mit Petroleum, Streichhölzern u.a. Waren, wenn die Bauern Getreide nicht ausschliesslich diesen Ankaufsstellen zuführen. Die staatlichen Getreideaufkäufer bleiben hinter ihren Kollegen von den Genossenschaften nicht zurück und wollen den Bauern die Kredite sperren, falls usw. Schliesslich meldet sich noch ein weiterer Genossenschaftsverband, der mit den anderen scharf konkurriert, und bedroht die